



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier, Christian Klingen** und **Fraktion (AfD)**

### **Bayerns Natur schützen – Die Verbreitung invasiver Tier- und Pflanzenarten stoppen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die Ausbreitung invasiver Pflanzen- und Tierarten wissenschaftlich zu beobachten;
2. für invasive Pflanzen- und Tierarten, die das ökologische Gleichgewicht stören und/oder den Menschen Schaden zufügen, Bekämpfungsstrategien zu entwickeln;
3. erfolgreiche Beispiele für eine effektive Zurückdrängung und Prävention an die Bedingungen Bayerns anzupassen und zu übernehmen;
4. dafür Sorge zu tragen, dass die weitere Einfuhr und Ansiedlung gefährlicher Pflanzen und Tiere verboten wird.

### **Begründung:**

Im Zuge der Globalisierung gelangen immer mehr Pflanzen und Tiere nach Bayern, die hier ursprünglich nicht vorkamen. In vielen Fällen breiten sie sich invasiv und explosionsartig aus, so dass einheimische Pflanzen und Tiere verdrängt werden. Für das ökologische Gleichgewicht ist eine Zurückdrängung dieser Pflanzen und Tiere notwendig, zumal einige von ihnen für Mensch und Tier giftig sind. Besonders besorgniserregende Beispiele für Pflanzen, deren massive Verbreitung das ökologische Gleichgewicht stören, sind der Japan-Knöterich, Sachalin-Knöterich, Bastard-Knöterich, das Drüsige Springkraut, Ambrosia, Herkulesstaude und Späte Traubenkirsche. Gleichzeitig gefährden u. a. folgende Tiere das ökologische Gefüge: Waschbär, Marderhund, Chinesische Teichmuschel, Laubholzbockkäfer.

Naturschutzverbände und Politik beklagen zwar seit Jahren die Ausbreitung invasiver Arten, bisher gibt es aber keine ausgearbeiteten Strategien und Programme, um das ökologische Gleichgewicht zu erhalten.

Die wissenschaftliche Beobachtung der ökologischen Veränderungen ist zwingend geboten. Soll der Schaden für Natur sowie Land- und Forstwirtschaft so gering wie möglich ausfallen, so ist unverzügliches Handeln gerade im Hinblick auf mögliche Bekämpfungsstrategien dringend erforderlich. Auch der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gefahr an Leib und Leben durch invasive Tier- und Pflanzenarten ist eine wichtige Aufgabe verantwortungsvoller Politik.